

Die Hauptrolle spielt das Kostüm



Legendäre Kleidung aus Hollywoods Geschichte, wie von Audrey Hepburn, zeigt eine Ausstellung in London. Seite 6

### POLITIK

#### Heftiger Streit über Kita-Ausbau

**Berlin.** Ab August 2013 hat jedes Kind unter drei Jahren einen Anspruch auf einen Kita-Platz. Aber statt beim Ausbau der Plätze an einem Strang zu ziehen, streiten Bund und Länder heftig. Seite 2

### BREMEN

#### Zukunftsplan für Kliniken

**Bremen.** Der Krankenhausverbund Geno informiert intern über seinen „Zukunftsplan 2017“. Zwar seien Einsparungen geboten, ein weiterer Personalabbau bei Ärzten und Pflegern sei aber nicht geplant. Seite 7

### WISSEN

#### Umgepoltes Erdmagnetfeld

**Potsdam.** Das Erdmagnetfeld kann sich nicht nur abschwächen, sondern sogar komplett umpolen. Geschehen ist dies zum Beispiel vor 41.000 Jahren. Seite 20

### GLÜCKSZAHLEN

5 10 12 14 46 47

Zusatzzahl: 3 · Superzahl: 6

Spiel 77: 7 2 1 4 7 3 3

Super 6: 1 7 0 8 5 2

Ohne Gewähr

### WESER-KURIER.DE

### VERLOSUNG

#### Freimarkt-Tickets zu gewinnen

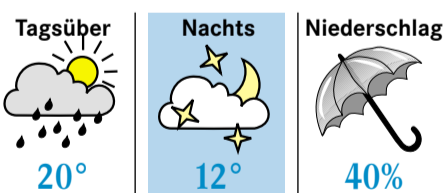
Rasante Achterbahn, Autoscooter oder Klassiker wie der Happy Sailor – WESER-KURIER Online verlost zehn Freimarkt-Bummelpässe für kostenlose Fahrten. [www.weser-kurier.de/freizeit](http://www.weser-kurier.de/freizeit)

### WERDER-UMFRAGE

#### Wie geht das Heimspiel aus?

Werder Bremen empfängt am Sonntag Borussia Mönchengladbach. Mit welchem Ergebnis endet die Begegnung im Weserstadion? Stimmen Sie ab unter [www.weser-kurier.de/werder](http://www.weser-kurier.de/werder)

### DAS WETTER



#### Wechselhaft, ein wenig Regen

Ein Tief über den Britischen Inseln und ein Hoch über Norditalien bringt milde Luft nach Mitteleuropa. Ausführliches Wetter Seite 6

### INHALT

Familienanzeigen	12
Fernsehen	14
Leserforum	4
Rätsel & Roman, Impressum	13
Sport	26
Veranstaltungsanzeigen	25
Verbraucher	24

### KONTAKT

Telefonzentrale: 04 21 / 36 71 0  
Abonnenten-Service: 04 21 / 36 71 66 77  
Anzeigenannahme: 04 21 / 36 71 66 55

H 7166 • 28189 BREMEN



## Bahn stellt Y-Trasse infrage

DB-Chef kündigt Alternativvorschlag an / Wirtschaft und Politik reagieren gelassen

Die Y-Trasse, das seit 20 Jahren geplante Gleisdreieck zwischen Bremen, Hamburg und Hannover, steht zur Disposition. Bahnchef Grube denkt über Alternativen nach und will Anfang nächsten Jahres einen Vorschlag machen. Hannover ist davon nicht überzeugt.

VON MICHAEL LAMBEK,  
ELINA HOEPKEN UND  
ANNEMARIE  
STRUSS-V. POELLNITZ

**Berlin.** Bahnchef Rüdiger Grube will die Planung für die Y-Trasse, eine neue Bahnverbindung zwischen Bremen, Hamburg und Hannover, grundsätzlich überprüfen. „Die Idee zur Y-Trasse ist entstanden, als es noch die DDR gab. Heute haben wir andere Möglichkeiten, und wir müssen grundsätzlich über die Y-Trasse nachdenken“, sagte der Bahn-Chef auf einer Veranstaltung in der Bremer Landesvertretung in Berlin über die Zukunft der deutschen Logistikwirtschaft. Im ersten Quartal 2013 solle ein neuer Vorschlag vorgelegt werden. Er favorisiere eine Erleichterung des bestehenden Streckennetzes über Stendal, sagte Grube gegenüber dieser Zeitung.

„Wir können damit leben“, sagte BLG-Chef Detthold Aden. Für den Güterverkehr wäre die Erleichterung bestehender Nebenstrecken eine mögliche Lösung. Die bestehende Hauptstrecke könnte dann vor allem für den Personenverkehr genutzt werden. Aden, auch Vorstandsmitglied des Deutschen Verkehrsforums, fürchtet allerdings, dass durch die neue Fehmarn-Belt-Querung der Personenverkehr so stark steigen könnte, dass man einen Neubau braucht. Deshalb sollten die Planungen für die Y-Trasse in jedem Fall durchgeführt werden.

Eurogate-Chef Emanuel Schiffer hält es für sinnvoll, den Bau einer neuen Trasse zu überprüfen. „Aber die Nord-Süd-Achse zur Hinterlandanbindung der Häfen muss verbessert werden.“



FOTO: COLOURBOX.COM

„Die Bahn prüft Alternativen im Auftrag des Bundesverkehrsministers“, sagte die Sprecherin des Niedersächsischen Verkehrsministeriums, Anne Neumann. Entscheiden werde am Ende Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, „und wir sind davon überzeugt, dass jenseits aller Prüfungen die Y-Trasse die Vorgabe einer effektiven Hafenhinterlandanbindung wirtschaftlicher einlöst als alle anderen Optionen.“

Die bessere Hafenhinterlandanbindung steht für Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer ebenfalls ganz oben auf der Prioritätenliste. Deshalb ist das Thema Y-Trasse für ihn noch nicht erledigt. „Aber wenn wir neu bauen, haben wir uns sofort mit einer großen Zahl von Bürgerprotesten zu befassen.“ Das gelte allerdings auch für den Ausbau bestehender Strecken, sagte der Minister.

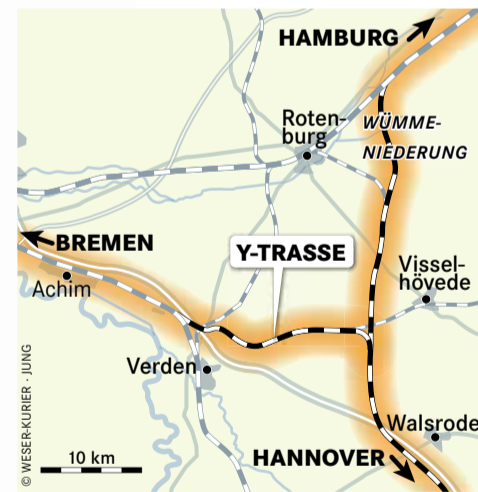
### Nichts gegen Alternativen

Holger Bruns, Sprecher des Bremer Wirtschaftsressorts, sieht die aktuellen Überlegungen gelassen: „Dass jetzt über eine Alternative nachgedacht wird, bedeutet nicht, dass Bremen auf der Verliererseite steht.“ Wichtig sei, dass in die Überlegungen die steigende Umschlagsentwicklung der Häfen einbezogen werde. „Schon jetzt laufen 50 Prozent des von Bremerhaven ausgehenden Umschlages über die Eisenbahn“, sagt Bruns. „Daher stößt das Streckennetz schon heute an seine Grenzen.“

Beim Wirtschaftsverband Weser wird auf die veränderten Voraussetzungen hingewiesen: Vor 20 Jahren sollte die Y-Trasse noch hauptsächlich für den Personenverkehr gebaut werden, mittlerweile steht jedoch der Güterverkehr im Vordergrund, erinnerte Geschäftsführer Ralf Rüdiger Heinrich. „Die alte Planung ist damit für die heutige Situation nicht mehr passend.“ Wichtig sei nur, dass ein Ausbau möglichst bald starte. Spätestens 2020 seien die jetzigen Transportkapazitäten nämlich erschöpft. „Deshalb halten wir auch nicht zwangsläufig an dem Konzept der Trasse fest“, sagt Heinrich. „Solange die Zielsetzung bei der Alternative vergleichbar ist, haben wir nichts dagegen.“

Möglicherweise sei eine andere Planung sogar vorteilhaft, weil sie eine schnellere Umsetzung ermögliche, meinte Heinrich weiter. „Ob die Strecke nun Y-Trasse heißt oder weiter östlich verläuft, ist uns im Grunde egal“, so der Geschäftsführer. „Solange schnell etwas passiert, haben wir nichts gegen eine Alternative einzuwenden.“

Kommentar Seite 2



## Elbvertiefung vorerst gestoppt

Politiker hoffen auf Hauptverfahren

**Hamburg (wk).** Die geplante Elbvertiefung zwischen Hamburg und Cuxhaven ist vom Bundesverwaltungsgericht vorerst gestoppt worden. Die Leipziger Richter gaben einem Eilantrag der Natur- und Umweltschutzvereinigungen NABU und BUND gegen den Planfeststellungsbeschluss der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord statt. Das teilte das Gericht gestern mit und verwies darauf, dies sei keine Vorentscheidung für den Ausgang des Hauptsacheverfahrens. Die Unter- und Außenelbe sollen nach den Wünschen von Wirtschaft und Politik für Containerschiffe mit einem Tiefgang von 14,5 Metern ausgebaut werden.

Die Entscheidung zum Baustopp erreichte Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Frank Horch (parteilos) während einer Geschäftsreise in Indien und sorgte dort für Aufsehen. „Ich hätte mir eine andere Entscheidung gewünscht, aber man muss das Hauptverfahren jetzt abwarten“, sagte Horch in Mumbai. Er sei von einem positiven Ausgang des Hauptverfahrens überzeugt. „Ich bin aber weiter in der Gesamtheit optimistisch, dass wir trotz dieses Eilentscheids nicht zu langjährigen Verzögerungen kommen.“

Vor wenigen Wochen erst hatte das Bundesverwaltungsgericht mit einer Empfehlung auch die geplante Vertiefung der Weser gestoppt. Auch hier hatte der BUND geklagt. Die Außenweser soll von 14,5 auf durchschnittlich 17,7 Meter vertieft werden. Die Arbeiten hatten im vergangenen Herbst beginnen sollen. Bericht Seite 15

## Siag beantragt die Insolvenz

700 Mitarbeiter in Emden betroffen

**Emden-Hannover (wk).** Der angeschlagene ostfriesische Offshore-Zulieferer Siag Nordseewerke hat Insolvenz angemeldet. Betroffen davon sind rund 700 Mitarbeiter. Ein Sprecher des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums sagte, dass ungeachtet des Insolvenzantrags ein für morgen anberaumtes Krisengespräch in Hannover stattfinden werde. „Es geht jetzt darum, in eine geordnete Insolvenz zu gehen. Damit wird sichergestellt, dass weiter gearbeitet wird und Aufträge abgearbeitet werden können.“ Der Betriebsratsvorsitzende des Traditionsunternehmens, Erwin Heinks, zeigte sich sehr enttäuscht vom Verhalten der niedersächsischen CDU/FDP-Landesregierung und von der NordLB, die keine weiteren Kredite bewilligen wollte.

Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) führte gestern auch bei der EU-Kommission in Brüssel Gespräche, um weitere mögliche Szenarien auszuloten. Konkret will er eine Bürgschaft für einen sogenannten Massekredit im Insolvenzfall prüfen lassen. Derartige Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten sind aus wettbewerbsrechtlichen Gründen mit hohen Auflagen verknüpft. Die Siag Nordseewerke aus Emden stellen Fundamente für Windkraftanlagen her. Derzeit fehlen Aufträge, weil der Boom der Offshore-Branche insgesamt ins Stocken geraten ist, da es Schwierigkeiten bei der Anbindung der Windparks ans Netz an Land gibt. Bericht Seite 23

## Autonome wollen weitermachen

**Bremen (rog).** Der Protest aus der autonomen Szene gegen „Wohnungsnot“ geht offenbar weiter. Vertreter der Bremer Szene kündigten gestern eine nicht angemeldete Demo fürs Wochenende an. Polizei-Vizepräsident Dirk Fasse beschrieb die Mehrzahl der Besetzer einer leer stehenden Spedition in der Neustadt vom vergangenen Freitag als „Gewalttäter“. Es sei nur dem besonnenen Vorgehen der Polizei geschuldet, dass bei den Auseinandersetzungen niemand verletzt wurde. Bericht Seite 9

## Bierhoff-Kritik an Bundestrainer Löw

**Berlin (wk).** 60 Minuten super gespielt, dann 30 Minuten chaotisch: Nach dem 4:4 der deutschen Fußball-Nationalmannschaft im WM-Qualifikationsspiel gegen Schweden – nach 4:0-Führung – gerät die Defensive der DFB-Elf zunehmend in die Diskussion. Ungewöhnlich deutliche Worte richtete Oliver Bierhoff an Bundestrainer Joachim Löw. „Man darf nicht zur Tagesordnung übergehen, man wird das knallhart analysieren“, sagte der Teammanager. Kommentar Seite 2-Berichte Seite 28

## Einigung auf neues Wahlrecht

Nächster Bundestag hat voraussichtlich deutlich mehr Abgeordnete

**Berlin (wk).** Die Bundestagswahl im kommenden Jahr scheint gegen juristische Anfechtungen gesichert. Nach monatelangen Ringen um ein neues Wahlrecht einigten sich alle Fraktionen außer der Linken gestern in Berlin grundsätzlich auf ein Modell, bei dem sämtliche Überhangmandate ausgeglichen werden. Die CDU/CSU-Fraktion rechnet mit einer endgültigen Einigung in der kommenden Woche. Für die SPD sprach Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann von einem großen Fortschritt: „Die Chancen sind jetzt gestiegen, dass wir uns bis Weihnachten auf einen konkreten Gesetzentwurf einigen.“

Die Reform war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht im Juli zentrale Teile des von Union und FDP durchgesetzten Wahlrechts für verfassungswidrig erklärt hatte. Die Karlsruher Richter monierten insbesondere die bisherige Praxis bei den Überhangmandaten und forderten bereits für die nächste Bundestagswahl eine Neuregelung.

Dass Überhangmandate jetzt durch zusätzliche Sitze für die anderen Parteien ausgeglichen werden sollen, dürfte jedoch dazu führen, dass der nächste Bundestag deutlich aufgebläht wird. Statt der aktuell 620 Abgeordneten könnten künftig mehr als 670 gut bezahlte Volksvertreter dem

Parlament angehören, was bei der Linkenfraktion auf deutliche Kritik stößt. Deren Rechtsexpertin Halina Wawzyniak monierte, das jetzt verabredete Modell hätte bei allen Bundestagswahlen seit 1994 zu einer teils erheblichen Vergrößerung des Parlaments geführt. Das sei jedoch nicht akzeptabel. „Ein größerer Bundestag bedeutet nicht mehr Demokratie.“

Die Grünen, die eigentlich auch gegen eine massive Parlamentsvergrößerung sind, bezeichneten das Kompromissmodell als tragbar. „Entscheidend ist: Nur der Wähler entscheidet mit seiner Stimme über die Kräfteverhältnisse im Bundestag“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer Volker Beck die Unterstützung seiner Fraktion. Alternativmodelle, die ohne Vergrößerung auskommen wären, hätten nach seinen Worten andere Nachteile gehabt.

Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erhält als ihr gemäß ihres Zweitstimmen-Anteils eigentlich an Sitzen zustehen. Ohne Ausgleichsregelung wären nach dem Karlsruher Urteil schon bei der nächsten Bundestagswahl nur noch maximal 15 erlaubt. Bei der Wahl 2009 gab es jedoch 24 Überhangmandate, die damals alle an CDU und CSU gingen.

## Koalitionsspitzen planen Treffen

Strittige Themen sollen gelöst werden

**Berlin (nh).** Erstmals seit Anfang März soll es wieder ein Spitzentreffen der schwarz-gelben Regierungskoalition geben. Für den 4. November sei der Termin geplant, verlautete gestern übereinstimmend aus Koalitionskreisen in Berlin – ohne dass es eine offizielle Bestätigung gab. Bei dem Treffen sollen Lösungen zu den jüngsten Streitthemen Betreuungsgeld, Praxisgebühr und Maßnahmen gegen Altersarmut gefunden werden.

FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle zeigte sich gestern in Berlin zuversichtlich, dass die Koalition Kompromisse finden wird. „Wir werden alles vor Weihnachten in die Tüte bringen“, sagte er. Ein Hauptstreitpunkt bleibt jedoch der Umgang mit den Milliardenüberschüssen der Krankenkassen. Die Liberalen fordern zur Entlastung der Bürger eine Abschaffung der Praxisgebühr. Die CSU hingegen favorisiert eine Senkung der Krankenkassenbeiträge zum 1. Januar 2013. In der CDU machen aber jüngere Abgeordnete Front gegen diese Forderung, sie wollen die überschüssigen Gelder bei den Kassen belassen. Kanzlerin Angela Merkel hatte kürzlich angedeutet, der FDP entgegenkommen zu wollen. Kommentar Seite 2